Global Network
on Extremism & Technology

Gemeinsam gegen terroristische Online-Inhalte: Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Technologieunternehmen bei der Terrorismusbekämpfung

Professor Stuart Macdonald und Andrew Staniforth

Januar 2023

Kurzfassung

GNET ist ein Sonderprojekt des International Centre for the Study of Radicalisation, King's College London.

Die Autoren dieses Berichts sind Professor Stuart Macdonald und Andrew Staniforth

Das Global Network on Extremism and Technology (GNET) ist eine akademische Forschungsinitiative mit Unterstützung des Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT), eine unabhängige, aber von der Wirtschaft finanzierte Initiative mit dem Ziel, die Nutzung von Technologie für terroristische Zwecke besser zu verstehen und einzudämmen. GNET wird einberufen und geleitet vom International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), einem akademischen Forschungszentrum innerhalb des Department of War Studies am King's College London. Die in diesem Dokument enthaltenen Ansichten und Schlussfolgerungen sind den Autoren zuzuschreiben und sollten nicht als die ausdrücklichen oder stillschweigenden Ansichten und Schlussfolgerungen von GIFCT, GNET oder ICSR verstanden werden.

KONTAKTANGABEN

Im Falle von Fragen oder zur Anforderung weiterer Exemplare wenden Sie sich bitte an:

ICSR
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
Vereinigtes Königreich

T. **+44 20 7848 2098**
E. **mail@gnet-research.org**

Twitter: **@GNET_research**

Diese Kurzfassung ist auf Arabisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Indonesisch und Japanisch erhältlich. Wie alle anderen GNET-Publikationen können diese Kurzfassung sowie der vollständige Bericht auf Englisch kostenlos von der GNET-Website unter www.gnet-research.org heruntergeladen werden.

Empfohlene Nennung des vollständigen englischen Berichts:
Macdonald, Stuart, und Andrew Staniforth. „Tackling Online Terrorist Content Together: Cooperation between Counterterrorism Law Enforcement and Technology Companies." London: Global Network on Extremism and Technology (GNET), Januar 2023. https://doi.org/10.18742/pub01-110.

Kurzfassung

Die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Technologieunternehmen gilt allgemein als notwendig, um gegen terroristische Online-Inhalte vorzugehen Beide Bereiche haben öffentlich ihre Entschlossenheit zur Zusammenarbeit erklärt, und es sind Beispiele für Kooperationen dieser Art bekannt. Allerdings stehen einer solchen Zusammenarbeit auch diverse Hindernisse im Wege, darunter unterschiedliche Kulturen und Arbeitsweisen, und es hat bekannte Fälle der Nicht-Kooperation gegeben. Zudem hat der informelle Charakter bestehender Kooperationen zu Bedenken hinsichtlich Zensur, schleichender Aufgabenerweiterung sowie fehlender Rechenschaftspflicht und Aufsicht geführt.

Dieser Bericht befasst sich mit der zentralen Frage, wie die Hindernisse für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Technologiesektor beseitigt werden können, um die Vorteile einer Kooperation zu realisieren und gleichzeitig auf die Bedenken hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht einzugehen. Hierzu wurde eine Forschungsmethode auf der Basis von Interviews angewendet, um die Erfahrungen und Meinungen von Vertreter*innen beider Bereiche, die direkte Kooperationserfahrungen besitzen, zu untersuchen. Somit bietet dieser Bericht empirisch belegte Einblicke in dieses nur begrenzt erforschte Thema.

Die Ergebnisse des Berichts gliedern sich in vier Themenkreise:

- Gemeinsame Einschätzung der Bedrohung: Teilnehmer*innen aus beiden Bereichen betonten, wie wichtig es ist, gegen terroristische Online-Inhalte vorzugehen. Bei den Strafverfolgungsbehörden beruhte dies auf der Überzeugung, dass solche Inhalte einen bedeutenden Einfluss in der Praxis haben; Personen aus dem Technologiesektor betonten die wachsende Palette an Online-Diensten und die zunehmende Ausgereiftheit und Geheimhaltung der Online-Aktivitäten von Terroristen.

- Bisherige Fortschritte: Nach Aussagen der befragten Personen waren erste Versuche einer bereichsübergreifenden Zusammenarbeit schwierig. Zu den Gründen gehörten unterschiedliche ideologische Kulturen, das Fehlen etablierter Kommunikations- oder Kooperationskanäle sowie abweichende Erwartungen. Die wichtigsten Auslöser für einen Wandel waren die starke Twitter-Präsenz des Islamischen Staates zwischen 2013 und 2015 sowie die Christchurch-Anschläge im Jahr 2019. Die Teilnehmer*innen beschrieben, wie große Technologieunternehmen begannen, stärker in die Beseitigung terroristischer Inhalte zu investieren, einschließlich der Einstellung von Mitarbeiter*innen mit polizeilichem Hintergrund. Die Strafverfolgungsbehörden wiederum begannen, spezielles Training zur Zusammenarbeit mit Social-Media-Unternehmen durchzuführen.

- Aktuelle Herausforderungen: Die Teilnehmer*innen betonten, dass es weiterhin Spannungen gibt. Vertreter*innen der Strafverfolgungsbehörden äußerten ihre Frustration darüber, wie lange es dauern kann, bis Ersuche bearbeitet werden, und dass es den Technologieunternehmen nicht gelingt, bei der Entwicklung neuer Technologien wirksame Schutzmechanismen einzubeziehen. Die größte Besorgnis der befragten Personen aus dem Technologiesektor galt dem früheren und gegenwärtigen Verfahren der Strafverfolgungsbehörden für ihre Ersuche sowie der manchmal nur schwachen Verbindung der Ersuche zum Terrorismus.

- Nächste Schritte: Angesichts der unterschiedlichen Ziele und Herausforderungen der Strafverfolgungsbehörden und des Technologiesektors sahen unsere Teilnehmer*innen die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses als höchste Priorität, wenn es um die Förderung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit geht. Diesbezüglich wurden drei spezifische Maßnahmen vorgeschlagen: klare Kommunikationskanäle, ein erweiterter Informationsaustausch sowie eine gezielte Ausbildung und Rekrutierung.

Der Bericht schließt mit vier Empfehlungen, die darauf abzielen, die Hindernisse für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Technologiesektor zu beseitigen und gleichzeitig auf die Bedenken hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht einzugehen. Diese Empfehlungen sind: die Entwicklung eines Programms zum Erfahrungsaustausch, die Umsetzung eines Entfernungs-/Schließungsprotokolls im Rahmen der polizeilichen Terrorismusbekämpfung, ein gemeinsames Upstreaming-Programm auf proaktiver, präventiver Grundlage sowie die Ausarbeitung gemeinsamer strategischer Forschungsanforderungen.

KONTAKTANGABEN

Im Falle von Fragen oder zur Anforderung weiterer Exemplare wenden Sie sich bitte an:

ICSR
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
Vereinigtes Königreich

T. **+44 20 7848 2098**
E. **mail@gnet-research.org**

Twitter: **@GNET_research**

Wie alle anderen GNET-Publikationen kann auch dieser Bericht kostenlos von der GNET-Website unter www.gnet-research.org heruntergeladen werden.